

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/55

Hannover, 10. Mai 1948

Die Streiks von Hannover

(Von unserem niedersächsischen Mitarbeiter)

Der Ausstand von zuletzt 70. bis 80.000 hannoverschen Industriearbeitern richtete sich gewiss auch gegen die zu geringen Lebensmittelzuteilungen selbst, aber mehr noch gegen das immer häufiger zutage tretende Prinzip der Willkür und Ungerechtigkeit bei der Aufteilung der zur Verfügung stehenden Menge auf die einzelnen Länder. Es lag in der Streikabsicht also weniger ein Protest gegen zwangsläufige Gegebenheiten, an die man sich, so hart sie sein mögen, in den letzten drei Jahren einigermaßen gewöhnt hat, als ein Einspruch gegen vermeidbare Fehler, mit denen man sich auf die Dauer nicht abfinden will, zumindest nicht widerspruchslos.

Es besteht heute kaum noch ein Zweifel daran, dass bei der Festsetzung der Rationierungen und bei der Benachteiligung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens offenbar auch die Erwägung mitgesprochen hat, diese Länder könnten als sogenannte Überschussgebiete noch am ehesten eine geringere Zuteilung vertragen. Solche Betrachtungsweise übersieht einmal, dass aus den Überschussländern illegale Exporte in sehr beträchtlichem Umfange hinausgehen und dass die breite Masse der Industriearbeiter auf ihrem Mittagstisch von dem Überschusscharakter ihres Landes nicht das geringste bemerkt. Es ist auch ein Irrtum anzunehmen, dass die privaten Zuwendungen von Freunden und Bekannten in einer Stadt wie Hannover auch nur annähernd die gleiche Rolle spielen wie etwa in Stuttgart, das in einem Lande mit einer weitestärker aufgelockerten Agrarstruktur liegt. Die ungleichen Zuteilung von Lebensmitteln trifft aber gerade den Normalverbraucher und nicht denjenigen, der sich zusätzliche Quellen erschliessen kann.

Die Stellung der Gewerkschaften wich in diesem Falle von ihrer traditionellen Funktion dadurch ab, dass es sich bei der Streik nicht um einen Kampf um die Aufbesserung der Arbeitsbedingungen, soweit sie in dem Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber be-

19. Mai 1948

gründet liegen, handelte, sondern um einen Kampf gegen eine sozusagen aussenstehende Kraft, die Besatzungsmacht, von der jedermann weiss, dass sie sich, angesichts ihrer weitgehenden Hilfe für die Sicherung der deutschen Ernährung mit Recht, die letzte Entscheidung vorbehalten hat.

Eine wichtige Frage ist bei solchen Streiks immer, ob der Erfolg dem Aufwand entspricht, psychologisch-politisch, wie materiell. Oft ist das nicht der Fall, besonders die Geschichten der amerikanischen Streiks liefert dafür Beispiele. Aber es gibt Situationen, in denen man mit solchem Maßstab kaum wird rechnen dürfen, sondern in denen es darauf ankommt, zu bekunden, dass man mit einer bestimmten Massnahme oder einem bestimmten Zustand unter keinen Umständen einverstanden sein kann, sich dagegen wehrt, auch wenn nicht die unbedingte Gewähr gegeben ist oder auch nur bestimmte Aussicht besteht, man werde Entscheidendes an dem kritisierten Zustand ändern.

Das Bild in Hannover während der Streiktage trug alles andere als revolutionäre Züge, die Empörung blieb unsichtbar, Unzüge und Plakate fehlten. Zu einem gewissen Teil mag das mit dem niedersächsischen Temperament zusammenhängen, viel mehr aber mit der Tatsache, dass die Arbeiter wirklich am Ende ihrer Kraft waren, ermattet und "fertig", wie man zu sagen pflegt, und froh, sich zu Hause niederlegen und Energien sparen zu können, die durch die fehlenden Kalorien nicht mehr aufgebracht werden können. In dieser Tatsache, an der kein Zweifel möglich ist, sollten die für die gegenwärtige Situation zuletzt Verantwortlichen das eigentlich Bedenkliche und eine ernste Warnung sehen. (m/1/105/2/he)

Vertrauensvotum für Markscheffel

Sp. Der Bezirksparteitag Rhein-Hessen hat davon Kenntnis genommen, dass dem Chefredakteur der "Freiheit", Günther Markscheffel, auf Befehl der Militärregierung die Ausübung seines Berufes verboten worden ist. Der Bezirksparteitag stellt hierzu fest, dass Günther Markscheffel durch seine politische Haltung und Tätigkeit das uneingeschränkte Vertrauen des Parteitagess genießt und wählte ihm zum ersten Vorsitzenden. Die Delegierten des Bezirkstages Rhein-Hessen erwarten deshalb von den Gesellschaftern des Verlages, dass sie auf Günther Markscheffel als Chefredakteur des Parteiorgans "Die Freiheit" unter keinen Umständen verzichten.

Noch einmal: "SVD".

Sp. SVD hat eine süddeutsche Zeitung übersetzt: "Sei vorsichtig, Deutschland!" - Vorsicht aber sollten auch die westlichen Alliierten sein. Sie haben offenbar grosse Bedenken, die Kommunisten in ihrer neuen Tarnuniform zuzulassen. Wir wissen aber nicht, ob diese Bedenken sich auf den politisch ausschlaggebenden Punkt beziehen. - Wenn die SVD (Sozialistische Volkspartei Deutschlands) in Westdeutschland zulassen würde, dann würde nur eine kurze Zeit vergehen und die SED in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin würde sich gleichfalls in SVD umbenennen. Dann hätten die Kommunisten in einer Zeit, in der Deutschland auseinanderzufallen droht, ein Monopolinstrument auf Zusammenhalt. Sie wären die einzige Partei, die von sich gegen könnte, dass sie in allen Zonen unter gleichen Namen die gleiche Politik zu machen sich bemühe, und dass diese Politik die Einheit Deutschlands sei. Ein einzigartiger Vorsprung der kommunist. Politik vor der Politik jeder anderen Partei wäre damit gesichert. (Bl)

Fünfzehnprozentige Demokratie

R.D. Die Auflockerung des Lohnstopps und die von den militärischen Aufsichtsbehörden genehmigte Verhandlungsfreiheit zur Aufstockung der Löhne innerhalb eines Rahmens von 15% auf die seit dem 8. Mai 1945 geltenden Löhne ist eine Massnahme, die, neben der Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Notstandes, eine eminent politische Bedeutung hat. Vorausgegangen ist dem eine im Oktober 1947 von Unternehmern und Gewerkschaften gemeinsam ergangene Stellungnahme, die angesichts der erhöhten Lebenshaltungskosten eine Aufstockung der Löhne um 30% empfahl. Mit der jetzt gewährten Verhandlungsfreiheit im Rahmen der 15% ist also den zeitlichen Erfordernissen keineswegs Rechnung getragen.

In politischer Hinsicht hat die Genehmigung eine doppelte Bedeutung. Zunächst erfolgt damit eine gewisse Anerkennung der Funktion der Gewerkschaften; eine Rückgabe begrenzter Handlungsfreiheit auf einem Gebiet, das ihrer ureigensten Zweckbestimmung entspricht. Denn die Gewerkschaften haben als Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung die Aufgabe, mit den Produktionsmittel-Besitzern und ihren Organisationen in freien Verhandlungen dem Arbeiter den gerechten Anteil am Erfolg der Produktion vertraglich zu sichern.

Dieser Zweckbestimmung waren die Gewerkschaften seit 1933 entfremdet. Hitler-Regime wie Militär-Regierungen waren, wenn auch aus durchaus verschiedenartigen Motiven, in gleicher Weise am deutschen "Arbeitsfrieden" interessiert und hinderten die Gewerkschaften an der Ausübung ihrer natürlichen Funktion. Die Neurégelung entspricht einer langsamen Entwicklung zu demokratischen Lebensformen in Westdeutschland, doch täuscht sich, vor allem in Gewerkschaftskreisen, niemand darüber hinweg, dass mit dem gleichzeitig gesteckten Rahmen von 15% die Länge des Weges angedeutet wird, die zu wirklicher Handlungsfreiheit noch zurückzulegen ist. Aber auch mit diesem Hinweis ist die Problematik dieser Handlungsfreiheit nicht einmal angedeutet, und in Wahrheit ihr Zugeständnis keine Einaräumung wirklich demokratischer Rechte.

Von der Erkenntnis eines vorliegenden Notstandes ausgehend, haben Wirtschaftsverwaltung, Wirtschaftsrat und die alliierten Kontrollbehörden in jüngster Zeit das Preisgefüge gelockert und für industrielle Grundstoffe, wie auch für Grundnahrungsmittel Preiserhöhungen auf dem Verwaltungswege verfügt und damit die Lebenshaltungskosten, die dem Erwägungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter im Oktober 1947 zugrunde lagen, weiterhin erhöht. Es ist diesen Stellen aber keinen Augenblick in den Sinn gekommen, einen dem Preisanstieg angemessenen Lohnausgleich - gleichfalls auf dem Verwaltungswege - zu verfügen, ehe sie den Gewerkschaften ihre Verhandlungsfreiheit und damit die Möglichkeit der Gestaltung des Lohnniveaus zurückgaben. Nunmehr wird den Gewerkschaften und damit den von ihnen vertretenen Arbeitern grosszügig das Recht eingeräumt, um den ihnen durch die Preiserhöhungen geschafften Anteil am Sozialprodukt zu verhandeln, oder notfalls auch zu kämpfen. Und hier bekommt die "genehmigte Freiheit" ihre Klassenpolitische Bedeutung.

Die gestiegenen Lebenshaltungskosten setzen sich im wesentlichen zusammen aus den durch Kriegszerstörungen, Demontagen usw. verursachten erhöhten Produktionskosten von Verbrauchsgütern und aus Reparationskosten, die in Form von Steuern aufzubringen sind. Die Begrenzung des Lohnausgleichs gegenüber diesen angestiegenen Lebenshaltungskosten bedeutet demnach nichts anderes als das Abladen der Kriegslast auf die Schultern der Arbeiterschaft. Von einer demokratischen Gleichberechtigung kann dabei keine Rede sein, die Regelung gewährt aber einen aufschlussreichen Blick auf das Verhältnis zwischen der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsverwaltung und ihren Aufsichtsorganen. Die deutsche Arbeiterschaft kann und will sich mit einer solchen "Genehmigung" nicht zufriedengeben. Was sie fordert, ist nicht nur die bereits von Unternehmern und Gewerkschaften gemeinsam für nötig gehaltene Angleichung des Lohnes an die Lebenshaltungskosten, sondern freie Hand zu Verhandlungen mit dem Unternehmertum, um die künftige freie Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeiterschaft hat ein ganz besonderes Recht, auf ihre gleichberechtigte Stellung und Behandlung im Rahmen der heutigen Wirtschaft zu pochen, weil sich um deren Wiederaufbau niemand mehr Verdienste erworben hat als sie. Und dieses Recht kann nicht in Prozenten ausgedrückt werden, es bedeutet vielmehr uneingeschränkte Handlungsfreiheit überhaupt. (./B31/95/2)he)

Landwirtschaftliche Organisationsfragen

H.K. - Der Agrarpolitische Ausschuss der SPD befasste sich in seiner letzten Sitzung mit der nach der Auflösung des ehemaligen Reichsnährstandes durch den Wirtschaftsrat geschaffenen Lage. Aus den Ländern wurden ausführliche Berichte über den Stand der bäuerlichen Berufsverbände erstattet, um übersehen zu können, inwieweit echte demokratische Berufsvertretungen zur Übernahme von Selbstverwaltungsaufgaben bereit stehen. Das Ergebnis war recht unbefriedigend. Noch immer ist ein grosser Einfluss reaktionärer politischer Kräfte auf die Berufsangelegenheiten der Landwirtschaft zu konstatieren. Zahlreiche ehemalige Landbundgrössen spielen sich als Wortführer der Bauern auf und tragen durch unsachliche politische Argumentation zur Verschärfung der leider ohnehin schon bestehenden Gegensätze zwischen Erzeuger und Verbraucher bei. Dadurch wird die Orientierung der Landwirtschaft auf ihre neuen Aufgaben in einer neuen wirtschaftlichen Situation ausserordentlich erschwert, zum Teil völlig verhindert.

Die unmittelbare Folge dieser Politisierung ist die Unmöglichkeit, solche Berufsverbände zu Trägern von Selbstverwaltungsaufgaben zu machen. Das ist umso störender, als nach der Auflösung des Reichsnährstandes nach Ansicht der SPD der Selbstverwaltung grosse Aufgaben zu fallen sollten.

Von allen Teilnehmern wurde übereinstimmend festgestellt, dass es weder im Interesse des bäuerlichen Berufsstandes, noch im Interesse der sozialdemokratischen Partei liegen würde, wenn diese sich auf die gleiche Weise wie die bürgerlichen Parteien an der Politisierung von Berufsverbänden beteiligen würde. Es müsse vielmehr alles getan werden, um solche Einflüsse mehr und mehr zurückzudrängen, um die Verbände für ihre eigentlichen Aufgaben freizumachen. Wo das aber nicht gelingen sollte, müsste der bäuerlichen Bevölkerung, insbesondere auch den Kleinbesitzern und den Pächtern bei der Errichtung von echten Berufsvertretungen grosszügig geholfen werden.

Die Landwirtschaft, die unmittelbar vor einer ausserordentlich schwierigen Periode steht, darf auf keinen Fall zum Verspann für eine reaktionäre Politik gemacht werden. Die Gegensätze zwischen Stadt und Land müssen dadurch überbrückt werden, dass die Landwirtschaft zu einem gesunden und gut funktionierenden Teil der Volkswirtschaft entwickelt wird. Da eine solche Umstellung ohne die verständnisvolle und tätige Mitarbeit auch der breiten Schichten der städtischen Bevölkerung nicht möglich ist, muss die Landwirtschaft vor jeder falschen politischen Frontstellung bewahrt bleiben. (S/346/25/2/nc)

Jahreskongress der "Falken" in Herne

sp. Im Volkshaus zu Herne hielten die "Falken", die sozialistische Jugendbewegung Deutschlands, ihre diesjährige Jahreskonferenz in den Tagen vom 6. bis 8. Mai ab. Nach der Eröffnung überbrachte Per Haepkerup die Grüsse der Sozialistischen Jugendinternationale. 1946 hätten die osteuropäischen Jugendorganisationen einer Annahme Deutschlands in die Union passiv gegenübergestanden. Um die Gründung der Union zu ermöglichen, hätten sich die Vertreter der anderen Länder entgegen ihren Auffassungen gefügt. Seitdem habe man einen ausserordentlich guten Eindruck von der deutschen sozialistischen Jugendarbeit gewonnen, der zur Auflösung der Kompromisslösung von 1946 wesentlich beitragen werde. "Wir haben jetzt die Pflicht", sagte Haepkerup, "unsere deutschen Genossen als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen." Zum Zeichen der Verbundenheit überreichte anschliessend Frans Nilsson, der Vorsitzende der sozialistischen Jugendbewegung in Schweden, "Falken"-Pannn an die einzelnen Bezirksverbände.

Mit Begrüssungsansprachen norwischer, belgischer, luxemburgischer und österreichischer Gäste wurde der zweite Tag eingeleitet. Im Mittelpunkt standen die Referate des Vorsitzenden der "Falken", Erich Lindstaedt, und Hans Weinberger, des Vorsitzenden von Bayern. Aus den Kundgebungen ging hervor, dass Vertreter der Militärregierung immer noch eine ablehnende Haltung, insbesondere die Jugendoffiziere, gegenüber einer sozialistischen Jugendarbeit einnehmen. So wird seit 1946 von den "Falken" die Notwendigkeit einer sozialistischen Jugendzeitschrift betont, um das Gedankengut der sozialistischen Bewegung der Öffentlichkeit unangetastet zu können.

Den konfessionellen und unpolitischen Jugendorganisationen sei diese den "Falken" bisher verweigerte Möglichkeit seit langem gegeben.

Lindstaedt betonte, dass jetzt nach dem Abschluss der organisatorischen Periode der Zeitabschnitt einer richtungweisenden Arbeit begonnen habe. Die sozialistische Jugendbewegung Deutschlands erfasse als einziger unter den sozialistischen Verbänden Kinder und Jugendliche. Daraus ergeben sich Aufgaben einer pädagogischen Kinderarbeit und politischer Aufklärungsarbeit innerhalb des Jugendsektors. Heinz Westphal entwickelte die Forderungen der sozialistischen Jugend. Sie umfassen u.a. eine Ausdehnung des Jugendschutzgesetzes auf die Hauswirtschaft, 42-Stunden-Woche für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr, Anerkennung des arbeitsfreien Berufsschultages, Jugendgerichtsbarkeit (Schöffengerichte aus Vertretern der Jugendausschüsse), in pädagogischer Hinsicht Ablösung der Lernschule durch die Arbeitsschule bei einer Höchstzahl von 30 Schülern pro Klasse und gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen.

Den Abschluss des zweiten Tages bildete die begeistert aufgenommene FeSTAufführung des Schauspiels "Des Teufels General" von Carluckmayer.

Am Sonntag wurden die Wahlen durchgeführt. Erster Vorsitzender wurde wieder Erich Lindstaedt, Hannover, Vorsitzender für die Kinderarbeit Hans Weinberger, München, Vorsitzender für die Jugendarbeit Hans Beyding, Hamburg. In den Verbandsvorstand wurden weiter je sechs Vertreter für Jugend- und Kinderarbeit aus allen Zonen gewählt. Unter den sodann behandelten Anträgen hauptsächlich organisatorischer und sozialpolitischer Natur fallen besonders zwei Entschliessungen der Berliner Vertreter auf; Sie betreffen die Frage eines einheitlichen Deutschlands und einen Protest gegen die Verschleppung der Jugendlichen in der Ostzone.

Zum Abschluss gab der norwegische Delegierte Rolf Okervik im Namen der nordischen Länder einschliesslich des nicht vertretenen Finnlands seiner Verbundenheit mit der deutschen sozialistischen Jugendbewegung Ausdruck. Als Symbol dieser Gefühle überreichte er einen Ständer mit den vier Farben der nordischen Länder und einen roten Wimpel, worauf die Delegierten spontan die Internationale sangen. (B./t/85/2/he)

Christentum und Sozialismus

sp. Von einer parlamentarischen Gruppe der Labour Party ist eine Broschüre herausgegeben worden, die sich mit dem Thema "Christentum und Sozialismus" auseinandersetzt und ein persönliches Bekenntnis zu der Auffassung bildet, dass im Sozialismus der Glaube des Christentums am stärksten zum Ausdruck gelangt. Die Demokratie könne den Mächten, die sie bedrohen, nur dann wirksamen Widerstand entgegensetzen, und die demokratische Lebensform nur dann weiterbestehen, wenn sie sich wieder auf eine geistige Kraft zu stützen vermag, die ihre Widerstandskraft stärkt. Was aber könne nach Ansicht der Labour-Abgeordneten, die die Broschüre herausgaben, nur das Christentum sein. (m/B65/105/2/he)

Verantwortlich: Peter Raurau